

Regelungsvorhaben: Sudan Now

Stärkung der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik zur Beendigung des bewaffneten Konflikts im Sudan, zur Unterstützung demokratischer Strukturen und zur Bekämpfung islamistischer Extremistengruppen in der Region

Kurzbeschreibung des Vorhabens:

Umbaja e.V. setzt sich im Rahmen seiner Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung für ein entschlossenes und langfristig ausgerichtetes politisches Engagement Deutschlands zur Überwindung der aktuellen Krise im Sudan ein. Im Zentrum steht das Ziel, zur Beendigung des seit April 2023 eskalierten bewaffneten Konflikts zwischen der sudanesischen Armee (SAF) und den paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) beizutragen und die strukturelle Stärkung demokratischer, ziviler und friedensfördernder Akteure im Sudan zu fördern.

Gleichzeitig fordert Umbaja e.V. eine strategisch koordinierte deutsche Politik zur **Bekämpfung islamistischer Extremistengruppen** in der Region, die die Instabilität im Sudan nutzen, um Einfluss zu gewinnen, Strukturen zu unterwandern und Rekrutierung Potenziale auszubauen. Die Folgen dieser Dynamiken bedrohen nicht nur die sudanesische Bevölkerung, sondern wirken destabilisierend auf den gesamten ostafrikanischen Raum.

Ziel des Vorhabens:

Ziel dieses Regelungsvorhabens ist es, den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung dazu zu bewegen, ihre außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Strategien mit Blick auf den Sudan neu auszurichten – weg von kurzfristiger Stabilitätslogik hin zu einer wertebasierten Politik, die **Demokratie, Frieden und Menschenwürde** ins Zentrum stellt. Deutschland soll in diesem Kontext seiner internationalen Verantwortung gerecht werden, indem es die zivilgesellschaftlichen Kräfte stärkt, die sich dem Machtmissbrauch von Militär und Extremismus entgegenstellen, und den Weg für einen friedlichen, demokratischen Neuanfang im Sudan ebnet.

Regelungsvorhaben: Sudan Now

Umbaja e.V. fordert:

- **eine klare politische Priorisierung der zivilen Transformation im Sudan** in der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik sowie aktive Unterstützung eines dauerhaften Waffenstillstands unter Einbeziehung glaubwürdiger ziviler Akteure, Frauenbewegungen und basisdemokratischer Strukturen;
- **gezielte Fördermaßnahmen für sudanesische Menschenrechts- und Demokratie Initiativen** aus Mitteln des BMZ, des Auswärtigen Amts sowie durch EU-geförderte Programme;
- **die Ausweitung von Kapazitäten zur Extremismusprävention** durch Bildungs- und Aufklärungsarbeit, sowohl im Sudan als auch innerhalb der Diaspora;
- **eine kritische außenpolitische Positionierung gegenüber autoritären Strukturen** innerhalb der sudanesischen Militärführung sowie eine restriktive Prüfung bilateraler Kooperationen mit dem Ziel, Menschenrechte und Demokratie nicht zu untergraben;
- **die Förderung von transnationalen Netzwerken** zur friedlichen Konfliktlösung, etwa durch zivilgesellschaftliche Partnerschaften, Mediation und Dokumentation von Kriegsverbrechen.

Saeed Maissara

Umbaja e.V

Hannover, April 2025